

In dem Antrag der Fraktion der Linken wird die Landesregierung erstens aufgefordert,

„zur mittelfristigen finanziellen Absicherung der oben genannten Einrichtungen mindestens den Bestandschutz in der aktuellen Höhe bis zur Neufestlegung der Förderrichtlinie zu gewähren.“

Herr Humke-Focks, die Haushaltsberatungen stehen an. Wir wissen um diese Problematik. Seien Sie gewiss, wir werden genauso wie im letzten Jahr eine Lösung finden, um die Frauenhäuser und ihre wertvolle Arbeit existenziell zu sichern.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens wird die Landesregierung in dem Antrag aufgefordert,

„in die Entwicklung einer neuen Förderrichtlinie die Träger und Verbände dieser Einrichtungen vollständig einzubeziehen.“

Dazu sage ich nur: Wir haben bereits im Fachausschuss durch die Unterrichtung des Sozialministeriums am 25. August abgesprochen, dass wir Mitte 2011 die Förderrichtlinien überarbeiten werden. Dies sollten wir auch mit der gebotenen Sorgfalt tun, immer im Sinne der zu schützenden Frauen und ihrer Kinder und selbstverständlich auch unter Einbeziehung der Träger und Verbände.

Eines muss jedoch klar sein: Im Rahmen des Verwendungsnachweises, der seit vier Jahren vorgelegt wird, ist zu erkennen, dass hier nach wie vor ein Ungleichgewicht herrscht. Hierin sehen wir unsere zukünftige Aufgabe: das Ungleichgewicht zu minimieren und finanzielle Sicherheit zu bieten.

Zusammenfassend können wir als CDU sagen, dass bereits alles dafür getan wird, um gerade die Finanzierung der Frauenhäuser und der Beratungsstellen sicherzustellen. Wir sind bereits in den Beratungen. Lassen Sie uns dort konstruktiv miteinander arbeiten!

Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:**

Als Nächste hat sich Frau Groskurt für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

**Ulla Groskurt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Alle Jahre wieder kommt das ...“ Sie kennen dieses Lied. Jetzt geht es aber leider nicht so fröhlich weiter; denn das Landessozialministerium kehrt mit seinem Segen nicht ein in jedes Frauenhaus. Nein, ganz im Gegenteil: Alle Jahre wieder müssen die Frauenhäuser und die Opposition - in diesem Jahr durch den Antrag der Fraktion DIE LINKE - um den Bestandsschutz der Frauenhäuser kämpfen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, die SPD unterstützt die Forderungen in Ihrem Antrag.

(Norbert Böhlke [CDU]: Überraschung!)

Warum unterstützen wir die Forderungen? - Herr Böhlke, gerade für Sie müssen wir das, glaube ich, ein bisschen erklären, weil es nicht selbstverständlich ist. - Es können gar nicht genug Verbündete sein, die sich für die Sicherung der Frauenhäuser einsetzen. Denn sie müssen gegen eine Betonmauer des Desinteresses, die von der Landesregierung und der CDU/FDP sehr stabil gebaut wurde, Sturm laufen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Heinz Rolfes [CDU]: Unsinn!)

Alle Jahre wieder werden die Frauenhäuser damit getröstet, dass die Frauenhaus-Richtlinien bis zum 31. Dezember 2011 gelten.

(Norbert Böhlke [CDU]: Ja, so ist es!)

Für 2010 wurde dann auf erheblichen Druck der Opposition - Frau Twesten hat es schon angesprochen - vereinbart, dass die Übergangsregelung beibehalten wird, die den Bestand erst einmal sicherte.

(Norbert Böhlke [CDU]: So ist es!)

In diesem Jahr ist es aber noch dramatischer. Es kann von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen nicht einmal zugesagt werden, dass diese Übergangsregelung für 2011 gilt.

(Roland Riese [FDP]: Warten Sie auf Dezember! Dann ist Zeit für Weihnachtslieder!)

Auf die Frage der Opposition wurde geantwortet, dass wir uns nicht sorgen sollten, alles werde gut. -

Eine wenig qualifizierte Aussage und ein Armutszeugnis für eine Regierungsfraktion!

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Norbert Böhlke [CDU]: Wir haben die Frage der Finanzen ernsthaft im Auge!)

- Wir auch, Herr Böhlke!

(Norbert Böhlke [CDU]: Man muss es abwägen!)

- Man muss es abwägen, genau.

Im Dezember 2009 haben wir den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diskutiert. Hier muss ich die Aussage von Herrn Riese wiederholen, dass er erwartet, dass die Landesregierung für den Haushalt 2011 höchstwahrscheinlich eine Finanzierung vorschlagen wird, die genauso ist wie für 2010. Ich frage die Landesregierung: Wo ist denn dieser Vorschlag? Wann gedenkt die Landesregierung einen Vorschlag zu machen?

(Elke Twesten [GRÜNE]: Ja, wo ist er denn?)

Sehr geehrte Damen und Herren, stehen Sie zu Ihrem Wort und erfüllen die Forderung gemäß Punkt 1 des Antrags der Fraktion DIE LINKE, den Bestandsschutz in der derzeitigen Höhe bis zur Neufestlegung der Förderrichtlinie zu gewähren!

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Auch zu Punkt 2 des Antrages muss ich feststellen, dass Sie bereits Ihr Wort gegeben haben, in die Entwicklung einer neuen Förderrichtlinie die Träger und Verbände der Frauenhäuser einzubeziehen. Ein ganzes Jahr lang ist hier nichts, aber auch gar nichts geschehen. Alle Fraktionen waren auf der Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft vertreten und haben dieses Versprechen gehört, das die Koalition gegeben hat. Zu Ihren Gunsten und zugunsten der Frauenhäuser nehme ich einmal an, dass Sie dieses Versprechen im Vollbesitz Ihrer geistigen Kräfte gegeben haben und sich erinnern. Ich habe gerade mit Freude vernommen, dass Frau Pieper sich erinnert.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bedauerlicherweise muss ich feststellen: Wir sind wieder genau da, wo wir vor einem Jahr waren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Es kann doch nicht die Aufgabe eines Parlaments sein, alle Jahre wieder die gleichen Anträge beraten zu müssen.

(Roland Riese [FDP]: Um den Haushalt zu beschließen, muss es das doch jedes Jahr tun!)

Diese Landesregierung und die CDU/FDP zwingen durch ihr Nichthandeln die Opposition aber dazu. Das ist beschämend.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Besonders beschämend ist Ihr Verhalten, wenn man sich die Internetseite des Ministeriums ansieht. Man kann dort u. a. lesen: Gewalt in unserer Gesellschaft ist ein schwerwiegendes Problem, das Handeln erfordert.

(Roland Riese [FDP]: Ist das falsch?)

Oder: Frauenhäuser sind für Frauen und Kinder oft die einzige Anlaufstelle, um der häuslichen Gewalt zu entfliehen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Ist das falsch?)

- Roland Riese [FDP]: Das ist doch nicht falsch!)

- Dann tun Sie auch etwas dafür, wenn Sie es sagen! Sie machen doch diese einzige Anlaufstelle kaputt!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Frau Ministerin Özkan, nun appelliere ich besonders an Ihre Fachkompetenz. Auf der Seite Ihres Ministeriums ist richtig aufgeführt, dass Migrantinnen einerseits stärker von Gewalt betroffen sind als deutsche Frauen, sie andererseits aber auch schwerer mit den vorhandenen Hilfs- und Unterstützungsangeboten zu erreichen sind. Ein Ansatzpunkt für die Zukunft würde es sein, die interkulturelle Kompetenz der Einrichtungen weiter zu stärken. Frau Ministerin Özkan, der Etat zur Förderung der Frauenhäuser muss dem gestiegenen Bedarf durch Aufgabenzuwächse angepasst werden, d. h. erhöht werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen einsehen: Um diese anspruchsvolle Arbeit zu leisten, brauchen die Frauenhäuser Planungssicherheit. Wir verlangen nichts Unmögliches. Halten Sie einfach nur Ihr Versprechen! Gewähren Sie den mehr als 5 000 Frauen und Kin-

dem in Niedersachsen, die in den Frauenhäusern Hilfe suchen, den nötigen Schutz!

Danke schön.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

**Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:**

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Riese. Ich erteile Ihnen das Wort.

**Roland Riese (FDP):**

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meiner Auffassung nach ist es für Weihnachtslieder im Dezember noch früh genug. Der Dezember ist auch der Monat, in dem wir uns regelmäßig hier versammeln, um den Landshaushalt für das nächste Jahr zu beschließen. Dort werden wie in jedem Jahr, seit FDP und CDU miteinander die Mehrheit im Lande Niedersachsen stellen, sehr weise Beschlüsse gefasst werden.

Meine Damen und Herren, die Betonmauer des Desinteresses, die hier in der Argumentation eingeführt wurde, bringt mich zu dem Modell der Betonmauer festgefahrener Vorstellungen. Zu den festgefahrenen Vorstellungen gehört, dass Gewalt eine Einbahnstraße sei, dass Gewalt nur darin bestehe - das ist verachtenswert, wenn es geschieht -, dass Männer gegen Frauen Gewalt ausüben. Die Wirklichkeit ist anders, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD: Das ist die gleiche Rede wie im letzten Jahr!)

Wie komme ich zu dieser Erkenntnis? - Beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist im Jahre 2004 die Studie „Gewalt gegen Männer“ erschienen, in der folgender Satz nachzulesen steht:

„Ein großer Teil von umfangreichen und repräsentativen Familienkonfliktstudien und teilweise auch von repräsentativen nationalen Verbrechenstudien kommt zu dem Schluss, dass entgegen der allgemeinen Vorstellung häusliche Gewalt quantitativ zu einem erheblichen bis etwa gleichen Anteil (oder gar größeren) Teil von Frauen ausgeht.“

Meine Damen und Herren, immerhin räumt die Leiterin der Koordinationsstelle Häusliche Gewalt des Niedersächsischen Landespräventionsrates, Frau Andrea Buskotte, ein, dass das Gewaltschutzgesetz aus dem Jahre 2001 auch für Männer als Opfer gilt. Hingegen erwähnt das sonst verdienstvolle Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen in seinem Abschlussbericht über die Evaluation der niedersächsischen Beratungs- und Interventionsstellen für Opfer häuslicher Gewalt im Dezember 2004 ausschließlich Frauen als Opfer. Da fehlt die Hälfte der Menschheit, meine Damen und Herren!

Bei der anstehenden Weiterentwicklung der Förderrichtlinie wird es darum gehen, den Aspekt „Prävention“ wieder stärker in den Fokus zu rücken. Denn Gewalt, die nicht entsteht, weil die Menschen vorher eines anderen Sinnes geworden sind, ist natürlich weniger gefährlich als Gewalt, die tatsächlich ausgeübt wird. So früh wie möglich müssen Menschen motiviert werden, die Gewaltneigung in sich selbst selbstkritisch zu erkennen, und zu einer Veränderung dieses Verhaltens motiviert werden.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Verbale Gewalt!)

Für Opfer häuslicher Gewalt beiderlei Geschlechts und jeglichen Alters bedarf es Rückzugsmöglichkeiten; das sage ich hier sehr deutlich. In Oldenburg gibt es ein Männerhaus, das aber nicht vom Land Niedersachsen gefördert wird. Im Übrigen gibt es im Land Niedersachsen die erwähnten Frauenhäuser.

Zusätzlich zu den Schutzräumen sind jedoch auch erreichbare sozialtherapeutische Hilfen zur Überwindung der Gewaltneigung, zur Beratung zum Ausstieg aus Beziehungen, soweit keine gewaltlose Perspektive erkennbar ist, und zur Paartherapie zur Erarbeitung solcher Perspektiven notwendig.

Meine Damen und Herren, wir sollten das Auslaufen der Richtlinie zum Anlass nehmen, die Gewaltproblematik auch vor dem Hintergrund der mittlerweile vielfältig vorhandenen rechtlichen Instrumente vorurteilslos völlig neu zu analysieren. Es wird darum gehen, aus diesen Erkenntnissen heraus Schutzeinrichtungen, ihre Verteilung im Land und die Notwendigkeit des Anteils der Landesförderung nach 2011 in dieser freiwilligen Aufgabe auf neue, verlässliche Füße zu stellen.

Es geht darum, Gewalt möglichst gar nicht erst entstehen zu lassen. Wo sie ausgeübt wird, darf es